

*Werner Portenkirchner*

Vielerorts drängen Politiker auf die Privatisierung des staatlichen Alterssicherungssystems. Der Staat entledigt sich immer mehr seiner sozialen Verantwortung und überlässt das Feld privaten Organisationen. Die Notwendigkeit eines solchen Schrittes wird mit der demografischen Entwicklung begründet, die ein rein staatliches Umlageverfahren als unfinanzierbar erscheinen lässt. Durch die Privatisierung der Rente eröffnet sich aber vor allem Versicherern und Pensionsfonds ein Milliardenmarkt. Die Befürworter sind auch auf Seiten der Unternehmerschaft zu finden, die ihre Interessen mit privatversicherten Arbeitnehmern leichter durchsetzen können. Pensionsfonds verwalten dann die Gelder der ArbeitnehmerInnen und versuchen eine möglichst hohe Rendite für diese zu erwirtschaften. Das System des Kapitaldeckungsverfahrens führt unweigerlich zu einer Konzentration von Vermögen in den Händen weniger Pensionsfonds. Um die Renditeziele zu erreichen, kaufen sie sich in Unternehmen ein, nehmen direkten oder indirekten Einfluss auf deren Strategie und Manager und spekulieren am Markt. Die Finanzierung der Pensionen künftiger Rentner funktioniert also mit der Zwischenschaltung der Kapitalmärkte. Die Höhe der Pension wird den Risiken der Finanzmärkte ausgesetzt, die sich der demografischen Entwicklung aber auch nicht entziehen können. Ein solidarisches, sicheres System opfert man zunehmend den Begehrlichkeiten institutioneller Investoren. Die Planung des letzten Lebensabschnittes wird damit erschwert.